

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Bundespräsidialamt
Herrn Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Schloß Bellevue

Spreeweg 1
10557 B e r l i n

- persönlich -

Eichwalde, den 17. Juni 2018
Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -
Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 17.09.2009 (Anl.1)

Mahnende Worte des Bundespräsidenten sind erforderlich -
zu Ungleichheitsfolgen nach Thomas Piketty und dem
Zustand der rechtsstaatlichen Demokratien in
Deutschland und Europa

Sehr geehrter Herr Bundespräsident !

1. Situations-Analyse 1.1. Internationale Lage

Als ein Bürger, der jahrzehntelang mit rechtlichen
und wirtschaftlichen Themen befaßt war, und der den
Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in dieser Hin-
sicht engagiert wie konstruktiv begleitet hat und
sich bis jetzt in seiner ehrenamtlichen Arbeit All-
gemeininteressen widmete, verfolge ich die derzei-
tige Entwicklung in Deutschland und Europa mit gro-
ßer Sorge,

Dies deshalb, weil die Konzentration spekulativen
und andren Kapitals zu undemokratischen Machtkon-
zentrationen führt, soziale Ungleichheit und Rechts-
verletzungen dadurch zunehmen und zu immer größerer
Gefahr für die Demokratie werden.

1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren
zu zwei Wirtschaftssystemen

1957 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachstelle für Schwennschienen und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Exkoner
mit Untersuchungen zur Systemfunktionslehre
von Entwurfprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen

1972, 1974 Fachlehrer für und Humboldt-Preisler
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Abende-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundlagenfragen im DEUTSCHEN RECHTSBUND (DRB)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des
Landessozialrates Cottbus

1953-73 Selbstständiger Konstrukteur

1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung

1994 Bauleitplaner

um 1990 Veröffentlichung "Zur Thema Profestuffinteressen"
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen
für Duroplast-Foamstoffteile, MASSE UND MAßSTAB

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zu
Auswachen Plastverarbeitung
(Verteidigung der Einführung des sozialistischen
Gest-Toleranz- und Passungssysteme gegenüber
der Einführung des internationalen
ISO/TSA-Toleranz- und Passungssysteme)

1969-70 Lehrer an einer interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des ASR Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolgen-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Schaf, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden

1969-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu mathematischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Ermittlung
von Fertigungskostenminderung durch größere
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses
von Duroplastfoamteilen aus Absatz-Behältern-
Verbellungen, Eröffnungsvertrag der Sektion
Plastverarbeitungsbereich einer der Internationalen
Fachtagungen MASIPOLIS der Komar der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjahresplanes
der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin

1981 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Volkswirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verteidigung der Einführung der sozialistischen
Zweckmäßigkeitskriterien in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)

1981 Dissertationsfassung in FEINERLEHRE
29(1981) H.4 S.182

Jan.1990 Vorschlag zur Übergang der Volkswirtschaft
von der Plastikwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit ökonomischen Skizzen über BEIERS FORM in
Zentralen Baden Tisch und Papierung

1994/97 Vorschlag zur Einführung einer John-Coser
(Spezialzone-Disziplin) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (neue Wechselkurse)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung

2003-04 Vorschlag zur Einführung des Bruttozielproduktes
(BBP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitritt zur ERO-Zone in die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg

2003-09 Vorschlag zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Krisen- und -Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfssystems
Eingaben Berlin Brandenburg International (EBI)
durch Veröffentlichungen, Redaktionen, Vorträge,
Vorschläge, Zusammenfassungen und Presse-Informationen
und -Mitteilungen im Rahmen der EICHWALDE BEI
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>
www.eichwalde.com und www.bvib-er.de)

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Ungleichheit ist das Thema des Thomas Piketty. Schon mit 22 Jahren promovierte der französische Ökonom über die Umverteilung und darüber, daß Einkommen und Vermögen in der Welt nicht angemessen verteilt sind ..."
/ 1 /.

In seinem Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" beschreibt er den Verlauf der Ungleichheit über Jahrhunderte hinweg und stellt fest, daß die Ungleichheit wieder ein bedrohliches Niveau erreicht habe: "Wir dachten, daß die ungerechte Welt, die Marx im 19. Jahrhundert beschrieb, nach dem 2. Weltkrieg verschwunden sein würde. Doch das war nur ein Ausreißer in der Geschichte. Wir beobachten, daß die Konzentration des Kapitals seit den 1980er Jahren fortschreitend zunimmt. Diese Entwicklung läuft auf das Niveau hin, das wir vor den beiden Weltkriegen hatten. ... Die Art und Weise, wie sich Vermögen konzentrieren, ist ein Faktor, der gesellschaftliche Spannungen und nationalistische Tendenzen hervorbringt. In meinen Forschungen komme ich zu dem Ergebnis, daß der Nationalismus eine Ableitung der Ungleichheit ist. Zumindest im 20. Jahrhundert. Und ich sehe diesen Zusammenhang noch heute. Donalds Trump ist ein Extremfall, aber die Beobachtung ist universell." /1/

Dabei bin ich mit meiner Sorge also nicht allein /6/ , und auch das Zivilschutzkonzept der Bundesregierung von 2017 / 7 / wirkt nicht gerade beruhigend.

1.2. Rußland und Europa

Wenn der ehemalige Bayerische Ministerpräsident E. Stoiber am 3. Juni 2018 bei Anne Will eine kräftige Lanze für Rußland brach, obwohl er sich gleichzeitig als ehemaliger überzeugter Vertreter des Kalten Krieges outete, dann muß wohl einiges, was er auch benannte, schief gelaufen sein: das Hineinversetzen in die Lage Rußlands ! Hat die jetzige russische Bevölkerung der Ost-Ukraine, als der ukrainische ZK-Vorsitzende Nikita Chruschtschow diesen Teil Rußlands der Ukraine schenkte, damals die Möglichkeit gehabt, sich dagegen zu wehren ? Wohl kaum ! Konnte Rußland etwas dagegen tun, daß sich nach der Gorbatschow-Ära die NATO-Grenze bis an die russische Grenze verschob und daß auch die Ukraine in die NATO strebt ? Wohl kaum ! Das Verschenken russischen Territoriums an die Ukraine war ja zu Zeiten der Sowjetunion zumindest strategisch unbedenklich. Wenn sich aber die Grenze der NATO an die russische Grenze verschob und die Ukraine in die NATO strebt, wird die Erreichbarkeit der russischen Schwarzmeer-Flotte sehr wohl strategisch bedenklich für Rußland - und so

hat es sich wohl zur Anexion der Krim entschlossen, um nicht immer weiter in einen strategischen Nachteil zu geraten !?

Natürlich ist dies bezüglich der Grenzen der Ukraine nach der Schenkung von Chruschtschow formell ein völkerrechtswidriger Akt - aber sollte man angesichts der internationalen Bedeutung Rußlands nicht Verständigung unter Beachtung der "Vorgeschichte" suchen, im Interesse des Friedens und der europäischen Volkswirtschaften und Völker ? Gerade nach dem Trumpschen wirtschaftlichen Generalangriff gegen alle Bündnispartner ? Den Frieden zu sichern muß doch stets höchstes Ziel sein !

1.3. Die Bundesrepublik Deutschland

Die unsichtbare Macht konzentrierten Kapitals habe ich m.E. bereits nach einem Kongreß der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung von Hedge-Fonds und Private Equity Fonds in Deutschland zur Zeit des Kabinetts Schröder-Fischer erlebt : Obwohl sich alle Anwesenden mit Ausnahme der zwei die Genehmigung vertretenden Finanzlobbyisten gegen die Einführung aussprachen, wurden die Fonds einige Zeit später zugelassen ! Wozu dann noch demokratisch diskutieren ?

Und wahrscheinlich sind solche Überlegungen auch neben der Einforderung von Parteidisziplin und Achtung der Richtlinienkompetenz Ursache der lange Jahre unterentwickelten Diskussionskultur im Deutschen Bundestag im Vergleich zu Zeiten Willy Brandts, welche Ex-Bundestagspräsident Prof. Lammert nun überwinden möchte / 2 / .

1.4. Die Medien und das Berliner Flughafensystem

Nun warnt Bundestagspräsident Dr.Schäuble zusätzlich vor manipulierten Informationen und betont die Bedeutung der freien Medien / 5 / .

Aber wenn der investigative Journalismus durch Selbstzensur leidet wie bei Berichten über den BER-SXF-TXL-MAWV-Komplex und bisher Beiträge mit Nachweisen bedeutsamer Rechtsverletzungen übergeordneten Rechts zumindest gar nicht bis in die Presse gelangen, aber ohne die Berücksichtigung der Wechselwirkung der Probleme BER-TXL und ohne die Beachtung von EU-Vorschriften wie z.B. des ICAO Doc.9184, Airport Planning Manual, die BER-Kapazität halbierend und auf die Kapazität von Alt-Schönefeld SXF senkend , werden völlig unzutreffende Urteile zum BER wie zu TXL verbreitet, wie der aktuelle Senatsbeschluß zur Schließung von Tegel TXL !

Sind dann "Presse-Rest-Informationen" keine "manipulierten Informationen" ?

Wo bleibt bei derartigen Folgen noch der Unterschied zu Fake News a la
Milliardärs-Präsident Trump ?

2. L ö s u n g s - H i n w e i s e

2.1. EU und €-Zone

In einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam in Frankfurt/Oder
im Jahre 2015 habe ich eine Ausarbeitung zu Folgen ähnlicher falscher
politischer Grundsatzentscheidungen, die letztlich zur Welt-Finanz- und
-Wirtschaftskrise führten, zur Diskussion gestellt, dabei auch die Wir-
kung des Zusammenschlusses von Volkswirtschaften mit Bruttosozialproduk-
ten im Verhältnis 1:30 in der Euro-Zone berücksichtigt sowie versucht,
Lösungswege aufzuzeigen, welche letztlich als zielführend anerkannt wur-
den.

Es war eine Ausarbeitung, welche u.a. auf die Vorschläge zur Überwindung
der Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise Bezug nahm, welche ich Ihnen zuvor
bereits mit Schreiben vom 17.September 2009 zur Bundestagswahl über-
sandte (A n l . 1). Sie hätten die jetzige Situation des Auseinander-
driftens der EU durch Umsetzung vielleicht verhindern, zumindest aber öko-
nomisch mildern können, und sie erscheinen jetzt, in einer Situation, wel-
che neue Denkanstöße zur Zukunft der EU und der Euro-Zone erfordert, zu-
mindest als diskussionswürdig, um Präsident Macrons Vorschläge finanzia-
ren zu können ohne Deutschland zu überlasten,

Gerade die Spitzenvertreter von Bund und Ländern haben sich dem sowie der
Anerkennung geltenden EU-Rechts bisher aber leider verweigert, was u.a.
zu Umweltklagen der Europäischen Kommission vor dem EuGH führte.

Aber auch danach habe ich von meinen Vorschlägen niemals mehr etwas ge-
hört, auch nicht nach Zusenden an Martin Schulz, als er noch Präsident
des Europa-Parlamentes war und dann als Hoffnungsträger der SPD und auch
nicht nach Zusenden an die resolute EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe
Vestager und an Bundestagspräsident Dr.Schäuble.

Umso dankbarer bin ich für die Unterstützung meiner Grundposition durch
das aktuelle vatikanische Manifest (A n l . 1 4)

2.2. Region Berlin-Brandenburg

Wenn nun die Parteien Probleme haben, Kandidaten zu den nächsten Wahlen
aufzustellen, wundert mich das nicht sehr :

Dienstag, 15. Mai 2018

Nur wenige sind Mitglied in Parteien

Potsdam. Nur rund ein Prozent der Berliner und Brandenburger sind nach einer Daten-Analyse des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) noch Mitglieder in Parteien. Danach seien die Mitgliederzahlen bei den Parteien seit der Wende in Berlin mit aktuell-insgesamt rund 50 000 etwa auf die Hälfte gesunken, berichtete der rbb. In Brandenburg habe es einen Rückgang um 75 Prozent von etwa 80 000 im Jahr 1990 auf rund 20 000 Parteimitglieder Ende 2017 gegeben.

- 5 -

Nur noch etwa 1 % der Berliner und Brandenburger sind in Parteien, wobei in Berlin seit dem Beitritt die Anzahl um etwa die Hälfte auf nun ca. 50000 Parteimitglieder sank, während es in Brandenburg sogar einen Rückgang um 75 % auf ca. 20000 Parteimitglieder gab / 3 /.

Verzwerger die bisherigen Volksparteien ?!

Als Ursache hierfür habe ich in Brandenburg die Abkehr von Bürgerinteressen besonders seitens der Regierungsparteien durch Denkverbote zu aktuellen Problemen, parlamenta-

rische Subalternämie zu Regierungsentscheidungen und das Ignorieren geltenden Rechts ausgemacht. Selbst die Oppositionsparteien haben sich zu manchen Problemen, wie dem BER-Projekt, noch ausgesprochen "zahn" verhalten - in Beachtung evt. bald gegebenen Koalitions-Zwanges ?

Das Ignorieren geltenden EU-Rechts wurde, wie bereits vorstehend vermerkt, besonders deutlich zum Problem-Komplex BER-SXF-TXL-MAWV, wobei der MAWV als Märkischer Abwasser- und Wasser-Zweckverband die Bürger unter Mißbrauch seiner Position als kommunales Rechtsorgan entgegen der EU-Wasser-rahmen-Richtlinie (WRRL) 2000/60/EG bezüglich des Verursacherprinzips auch zugunsten der Flughafengesellschaft FBB GmbH bei der Gebühren- und Beitragsberechnung jahrzehntelang benachteiligte, Beiträge trotz vorheriger Begleichung der Investitionskosten schon durch somit überhöhte Gebühren erhob und selbst nach Hinweisen auf gegebenes EU-Recht noch immer an dieser Position festhält, obwohl es schon seit 2010 (!) geltendes Recht ist / 4 /. Das geht so gar nicht !

Dabei waren juristische Beweisführungen bisher auch für die Presse Tabu, sofern sie aus unserem Zusammenschluß BER-kritischer Bürgergruppierungen bezüglich des Standortes kamen, und auch staatliche Stellen, Kommunen ausgeschlossen, gaben uns bisher dazu keine Unterstützung bei der Durchsetzung geltenden Rechts. Nur im Abgeordnetenhaus von Berlin gab es erfreulicherweise bereits zwei Juristen-Streitgespräche zum Flughafensystem, und der Bundestags-Petitionsausschuß will sich nun tiefergründiger mit unserem Politikerbrief "Europäisches Recht ist umzusetzen..." Stand 1.Mai 2017 befassen.

- 6 -

3. Mahnende Worte sind nötig

3.1. B e i s p i e l Land Brandenburg

Echte Aufbruchstimmung ? Wohl kaum ! Wenn aber die Durchsetzung geltenden Rechts trotz vieler Anmahnungen noch nach Jahren nicht erfolgt ist, erscheint ein offenes Wort unseres Bundespräsidenten als angebracht. Denn dies ist ja nicht der einzige Sachkomplex, der Bürger überfordert, verärgert und empört ! In Brandenburg kommen z.B. noch hinzu :

- die Ignorierung des Volksentscheides zum Nachtflugverbot trotz Annahme durch Regierung und Landtag,
- die Ignorierung der Schallschutzforderungen des Planfeststellungsbeschlusses (PFB) zum BER-Projekt sowie von Urteilen zur Verbesserung des Schallschutzes durch Neuberechnung von Schallschutzzonen für "alte" und "neue" Flugrouten und von ICAO-Vorschriften zum BER-Nahbereich,
- der Abbau der früheren Zentrale-Orte-Gliederung zum Schaden der Unterezentren,
- die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bei Kostenexplosion und obwohl ein Gigaliner bei einer einzigen Fahrt die Straße mehr schädigt, als wenn ein Anlieger sie lebenslang morgens und abends mit seinem Pkw befährt,
- die fehlgeschlagene Kreisgebietsreform, zu der beabsichtigte Aufgabenverlagerungen fast komplett entfielen und allein längere Wege für Bürger wohl nicht überzeugen konnten,
- die allgemeine Ignoranz gegenüber vielen Wünschen und Anliegen der Bürger, oft jahrelang.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, in unserer Internetseite <http://berlin-brandenburg-21.de> recherchieren lassen, werden Sie feststellen, daß dies nicht unser Verschulden ist; wir haben uns jahre- und teils sogar jahrzehntelang immer wieder mit wohlbegründeten Vorschlägen und Einwendungen an die Politik gewandt - leider trotzdem bisher ohne Erfolg bei den richtlinienkompetenzbefugten Politikern, auch wenn wir durchaus zumindest bei Bürgern und Gemeinden schon viel Zuspruch fanden und selbst im Abgeordnetenhaus von Berlin zur Tegel-Problematik - die BER-Problematik stellt einen Skandal ohnegleichen dar ! Die aktuellen Vorschläge und Pläne stehen im Widerspruch zu geltendem EU-Recht, ein obligates positives Ergebnis eines Umweltverträglichkeitsprüfverfahrens ist nicht existent, und selbst die Grundlagen und Forderungen von Planfeststellungsbeschluß und Konsensbeschluß wurden massiv verletzt. Kein Wunder also, daß diese Beschlüsse und Pläne vor ihrer Verabschiedung durch die Politik, die Exekutive, bzw. die Flughafengesellschaft niemals

Thema parlamentarischer Diskussionen waren !

Wenigstens an einem Beispiel mit Finanzbezug zum BER-Projekt möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Brandenburger Rechtsverhältnisse verdeutlichen : am rechtswidrigen Umgang des kommunalen Rechtsorgans "Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband (MAWV)" mit den Bürgern und die bisherige Tatenlosigkeit der Kommunalaufsicht des Landkreises Dahme-Spreewald (LDS) sowie des Brandenburger Innen- und Kommunalministeriums trotz ausführlicher Unterrichtung einschließlich Beweisführung des rechtlich gebotenen fachaufsichtlichen Einschreitens.

Hierfür liegt diesem Schreiben die Tabelle "Die Rechtsverletzungen des MAWV zu Altanschießern, spätestens seit 2010" vom 10. Juni 2018 bei (A n l . 1 5).

Da der MAWV eine Klage im Umfang von ca. 0,5 Mrd.€ gegen den Landkreis LDS und das Land Brandenburg für den Fall der Rückzahlung aller Altanschießerbeiträge ankündigte, haben sich gem. MAZ-Pressemeldung vom 13. Juni 2018 / 9 /, in welchem er fälschlich geplante Kostenumlagen auf die MAWV-Trägergemeinden in Millionenhöhe anführt, um diese zu MAWV-geordneten Entscheid gegen die Bürger zu veranlassen - und gleichzeitig Prozesse gegen die schadensmäßig heranzuziehenden Rechtsverletzer zu vermeiden ! Offensichtlich wegen der angekündigten MAWV-Klagen gegen Landkreis LDS und Land Brandenburg, welche diese als Beklagte natürlich wegen eignen Verstoßens gegen ein BVerfG-Urteil zur Pflicht der Prüfung allen Tuns und Lassens auf GG-Konformität vermeiden möchten, haben sie sich für eine Unterstützung der MAWV-Positionen entschieden / 9 / ! Der Landkreis LDS, der 2011 pro Beitragserhebung, u.a. mit dem Beamtenstatusgesetz, votierte und so den MAWV anwies, "gem. Art.28 Abs.2 GG" zu verfahren, hat nun ein Eingreifen mit gleicher Begründung, der "grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung", sein gegebenes Recht der Anweisung bestritten - ein Unding ! Und der MAWV ist seinen Pflichten als kommunales Rechtsorgan in keiner Weise nachgekommen und hat brechtigte Rechtshinweise der Betroffenen langjährig einfach ignoriert.

Rechtsmittelberatung gem. geltendem Recht ? Fehlanzeige !

"Im angeblich 'fernen Brüssel' werden oft bürgernahe Regelungen erlassen", wie z.B. die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) 2000/60/EG zum Schutz des Wassers oder die Anerkennung des ICAO Doc.9184, Airport Planning Manual, zum Schutz gegen Lärm und Staub bis zum Ultrafeinstaub durch das Verbot der Ausrichtung von neuen Start- und Landebahnen auf besiedeltes Gebiet, " - und dann folgen Bummelerei und Bürokratie in den Nationalstaaten."

"Statt etwa die EU-Richtlinie zur Luftreinhaltung zügig in die Praxis umzusetzen, schoben in Deutschland Bund, Länder und Kommunen nur jahrelang die Verantwortung hin und her - mit dem Ergebnis, daß mittlerweile Fahrverbote drohen." / 10 / .

Das BER-Projekt in Planungsverantwortung des Landes Brandenburg, welches aber die Flughafengesellschaft bis jetzt grundsätzlich planlos dahinwursteln läßt, ohne einzugreifen / 11 / und das finanziell damit verbundene MAWV-Problem (vgl. A n l. 1 5), in welchem es seitens LDS-Kommunalaufsicht wie Land Brandenburg bisher nicht anders gehandhabt wurde bezüglich der Berücksichtigung von Bürgerinteressen, können als plastische Veranschaulichungen des vorstehenden EU-Kommentars gelten, denn das Chaos dauert an / 11 / .

Beispiele wie diese bewirken i.Vbdg. mit dem jahrzehntelangen Justizabbau in Brandenburg und die Überlastung durch den vorgeh. Problemumfang, daß in den neuen Bundesländern nur noch 14 % (!) der Bürger glauben, daß bei Gericht alles mit rechten Dingen zugeht / 12 / und 82 % (!) der Bürger der neuen Bundesländer halten die Gerichte für überlastet / 12 / . Spezielle Werte für Brandenburg wurden nicht angeführt, aber ein Niederschlag im Wahlverhalten erfolgte bereits und wird sicherlich auch zukünftig erfolgen, wenn nicht Abhilfe bald und in großem Umfange erfolgt.

3.2. Beispiel Europa

Genau darum möchten wir nun Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, bitten, als personifizierte moralische Instanz der Bundesrepublik, die sich bisher auch nicht vor offenen Worten scheute, die Politiker zur Achtung des verbindlichen Rechts sowie zur Diskussion zu Wegen der Verringerung der Einkommens- und Vermögens-Ungleichheit in Deutschland und der EU aufzufordern, welche zu praktikablen Maßnahmen deutschland- und EU-weit führen muß.

Sonst gerät die Demokratie in Gefahr, wie Ungarn, Polen, Italien und Großbritannien bezüglich der Brexit-Folgen demonstrieren - und auch in anderen Staaten verstärken sich derartige Tendenzen, welche die bisherige Politik mit ausreichend Nahrung versorgte.

Dies wollte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, noch abschließend übermitteln, da ich nun das 84.Lebensjahr vollendete und mich nun in gesellschaftlicher Arbeit einschränken muß,

Über Ihre Mahnung im Beitrag "Historische Geste in Warschau. Präsidenten planen 2019 gemeinsames Gedenken an Zweiten Weltkrieg / 8 / habe ich

mich aus vorgehen. Gründen gefreut: "Ein gemeinsames Europa, das sich seiner gewiß ist und mit einer Stimme spricht, ist die Voraussetzung dafür, daß jede einzelne unserer Nationen in dieser Welt überhaupt noch Einfluß nehmen kann ... " Getrennt voneinander würde man nicht nur an Wirtschaftsstärke verlieren, sondern auch an politischer Handlungsfähigkeit, "Erst recht in einer Welt, in der wir uns - mit den Blick nach Westen - auf die Handlungsbereitschaft anderer immer weniger verlassen können; und wir zugleich - mit Blick nach Osten - neuen und gefährlichen Spannungen ausgesetzt sind. Aber: Die Souveränität nach außen hat Voraussetzungen im Innern : D e m o k r a t i e u n d R e c h t s s t a a t l i c h k e i t !"

Wie wahr !

Wir hoffen aus den vorgehen. Gründen auf Ihr Einwirken auf die Exekutiven von Bund und Ländern, danken Ihnen für Ihre Mühe und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Literaturverzeichnis :

- / 1 / Das Ende des Kapitalismus wird kommen, MAZ 5./6.05.2018, S.2-3
(Interview von Thomas Piketty durch Jean-Mario Magro)
- / 2 / Ist das Pult Schuld ? Ex-Bundestagspräsident Norbert Lammert will die Redekultur im Parlament verbessern, MAZ 26.05.2018, S.1
- / 3 / Nur wenige sind Mitglied in Parteien, MAZ 15.05.2018, S.8
- / 4 / <http://berlin-brandenburg-21.de>
- / 5 / Schäuble warnt vor manipulierten Informationen. Bundestagspräsident betont zum Tag der Pressefreiheit Bedeutung freier Medien, MAZ 03.05.2018, S.4
- / 6 / "Ich bin sehr pessimistisch." Der frühere ARD-Journalist Fritz Pleitgen wird 80 Jahre alt. Ein Gespräch über Rußland, Nordkorea - und seine Angst vor der Zukunft. Interview von Christoph Driessen, MAZ 19.03.2018, S.13
- / 7 / Dosenbrot, Wasser und Kerzen für den Fall der Fälle. Seit einem Jahr gibt es ein neues Zivilschutzkonzept - legen die Leute Notvorräte für Katastrophen an ? MAZ 09.08.2017

- / 8 / Historische Geste in Warschau. Präsidenten planen 2019 gemeinsames Gedenken an Zweiten Weltkrieg, MAZ 06.06.2018, S.5
- / 9 / MAW geht in die Offensive. Vorsteher warnt vor Kosten der Rückzahlung von Altanschließbeiträgen an alle Betroffenen, MAZ 13.06.2018, S.15
- / 10 / Danke, Brüssel ! Blöde Brüsseler Bürokraten ? Bürgerferne EU ? Nie war dieser Singsang so falsch wie heute. Konkrete Fortschritte für die Menschen werden zunehmend in Brüssel in Gang gesetzt - während die Nationalstaaten absinken zu Orten des Stillstandes und des Zauderns, Sonntag DIE MÄRKISCHE am Wochenende, 16./17. 06.2018, S.1
- / 11 / Chaos bis zum Horizont. BER : Immer mehr Mängel und immer mehr Ungewißheiten, BLICKPUNKT 16.06.2018
- / 12 / Trotz Überlastung vertrauenswürdig. Rechtsreport untersucht Einstellung zum Justizsystem und stellt teils deutliche Unterschiede zwischen Ost und West fest, MAZ 14.06.2018, S.19

A n l a g e n :

- Anl.1 Schreiben vom 17.September 2009
- Anl.2 Vorstellungen bezüglich erforderlicher Maßnahmen zur Überwindung der Welt-Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie auch zur Vermeidung vergleichbarer Krisen aus ähnlichen Ursachen vom 27.April 2009
- Anl.3 Gründe für das Bestehen von Gefahr für EU und EURO-Raum in einer Weltfinanz- und -Wirtschaftskrise auseinanderzubrechen : extreme Unterschiede nationaler Bedingungen erschweren in Europa die erforderliche Einigung auf eine gemeinsam tragbare Gegenstrategie, ... (Bild 41)
- Anl.4 Vorschläge Mai 1997 für Kriterien zur Euro-Einführung, zur wirtschaftsfördernden Steuerpolitik und zur Finanzierung des Umbaus der Volkswirtschaften, Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssysteme
- Anl.5 EURO-Land - Voraussagen und Ist-Zustand, Stand 2003, und Erweiterungsplanung zum Teilnehmer-Umfang unter Angabe volkswirtschaftlicher Kenndaten ... (Bild 38)
- Anl.6 EURO-Land - Voraussagen und Ist-Zustand, Stand 2003, und Erweiterungsplanung zum Teilnehmer-Umfang; Brutto-Sozialprodukte der Länder im Vergleich - Deutschland auf Platz 4 - ... (Bild 39)
- Anl.7 Bruttoinlandsprodukt in den Ländern des EURO-Raumes in T US\$ - Deutschland nur noch auf Platz 9 - .. , Stand 2009 (Bild 39a)
- Anl.8 Thomas Piketty weist nach, daß eine Kapitalkonzentration in den Händen weniger historisch immer wieder Kriege begünstigte, PUBLIK-FORUM Nr.21/2016, S.14/15

- Anl.9 Wolfgang Kessler: Wenn die reine Lehre trügt - Die EU-Kommission muß endlich umdenken. Denn in Europa geht es nur dort aufwärts, wo die Brüsseler Spardiktate nicht befolgt werden, PUBLIK-FORUM Nr.11/2016, S.10
- Anl.10 Schreiben vom 30.01.2015, Diskussionsbeitrag zum Seminar "Finanzmarkt, Staatsfinanz- und EURO-Krise, Ursachen und Lösungen" am 6. und 7. Februar 2015 in Frankfurt/Oder
- Anl.11 Zeuthen verlangt Rückzahlung an alle Altanschießer. Ähnliche Beschlüsse werden in Schulzendorf und Eichwalde vorbereitet - Gemeinden wollen sich bis zur nächsten MAW-Versammlung gemeinsam positionieren, MAZ 1. Juni 2018, S.14
- Anl.12 Straßenbau mit dem Geld der Bürger, MAZ 30. Mai 2018, S.7
- Anl.13 SPD wird von Merkels Europa-Vorstoß kalt erwischt. Sozialdemokraten reklamieren EU-Pläne als die eigenen - Nahles fordert Nachbesserungen bei Sozialstandards und in Steuerfragen, MAZ 5. Juni 2018, S.4
- Anl.14 Das vatikanische Manifest. Rund 150 Jahre nach Karl Marx rechnet Pabst Franziskus mit dem globalen Kapitalismus ab. Seine Rezepte sind radikal. Doch wie steht es mit den kircheneigenen Banken und Einrichtungen ? PUBLIK-FORUM Nr.11/2018, S.36/37
- Anl.15 Die Rechtsverletzungen des MAW zu Altanschießern, spätestens seit 2010, Tabelle vom 10. Juni 2018